



Marktgemeinde ALLAND, Bez. Baden, N.Ö.

2534 Alland, Hauptstraße 176



02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: gemeindeamt@alland.gv.at

Protokoll-Nr.
4/2018

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche SITZUNG des GEMEINDERATES

am Dienstag, dem 26. Juni 2018 im Sitzungssaal des Gemeindeamtes Alland.

Beginn: 19:05 Uhr

Ende: 20:37 Uhr (Beginn der nicht öffentlichen Sitzung)

Die Einladung erfolgte am 19. Juni 2018 (Kurrende).

ANWESEND WAREN:

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck (ÖVP)
GR Rainer Andermann (SPÖUBA)
GR Georg Baden (SPÖUBA)
GR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)
GR Bmst. Ing. Gregor Burger (ÖVP)
GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)
GR BSc. Ing. Armin Franz Grasel (ÖVP)
GR Erika Grasel (ÖVP)
Frau Vbgm. Petra Johanna Groschner (ÖVP)
GR Anton Hirschhofer (ÖVP)
Gf.GR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)
GR Irene Maria Hofstätter (SPÖUBA)
GR Karl Kolbe (SPÖUBA)
GR Thomas Kropik (ÖVP)
GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)
Gf.GR. Leopold Ottersböck (ÖVP)
Gf.GR. Dr. Klaus Perl (SPÖUBA)
Gf.GR Martin Rapold (ÖVP)
GR Mag. Klaus Sonnleitner (SPÖUBA)
GR Josef Winzer (ÖVP)

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer (Schriftführer); Kassenverwalter Harald Sieder (bis zum Ende des TOP 4; DI Thomas Hackl (als Sachverständiger zum TOP 7)

ENTSCULDIGT ABWESEND WAREN:

GR Daniel Paunovic (FPÖ)

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gemeinderäte sowie die zahlreich interessierten Zuhörer zur vierten Gemeinderatssitzung im Jahr.

Die Tagesordnung ist an alle Gemeinderatsmitglieder zeitgerecht ergangen.

Der Vorsitzende entschuldigt GR Daniel Paunovic (FPÖ) und stellt mit 20 anwesenden Gemeinderatsmitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Die Einladungskurrende wird von allen anwesenden Gemeinderäten unterzeichnet.

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Vor Beginn der Sitzung ist ein Dringlichkeitsantrag gemäß § 46 Abs. 3, NÖ Gemeindeordnung, eingelangt. Bürgermeister Köck erteilt dem antragstellenden Gemeinderat das Wort:

- 1) GfGR Dr. Klaus Perl beantragt aus aktuellen Anlass folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen: **„Resolution an die Niederösterreichische Landesregierung“ (sh. Anlage A)**. Bürgermeister Köck ersucht den geschäftsführenden Gemeinderat um die Verlesung seines Antrags. Der Tagesordnungspunkt (TOP) soll nach dem TOP 1 behandelt werden. Im Anschluss daran sollen die weiteren Tagesordnungspunkte folgen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages als Tagesordnungspunkt 2 aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

- 2) Bürgermeister Köck gibt bekannt, dass vor Kurzem eine mehrfach unterfertigte Unterstützungserklärung (Petition) für mehr Autobahnlärmschutz in Alland, insbesondere für die Kalkbergsiedlung, von den Initiatoren bei ihm abgegeben wurde. Darin wird der Gemeinderat ersucht, dass der dringliche Initiativantrag vom 21. Juni 2018 noch in dieser Sitzung behandelt werden soll. Der Vorsitzende bringt die wichtigsten Inhalte daraus zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Aufnahme des Initiativantrages als TOP 9 aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Die Tagesordnung lautet nun wie folgt:

TAGESORDNUNG

- 1 **Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung**
- 2 **Dringlichkeitsantrag „Resolution an die Niederösterreichische Landesregierung“**
- 3 **Bericht des Prüfungsausschusses**
- 4 **1. Nachtragsvoranschlag 2018**
- 5 **Grundbücherliche Umsetzung/Durchführung der Zusatzvereinbarung zum Bestandvertrag zwischen der MG Alland und der BP Europe SE vom 18.09./27.09.2017**
- 6 **Vereinbarung Netz NÖ GmbH, Verkabelung Bereich Mayerling Landesstraße**
- 7 **Bebauungsplan MG Alland**
- 8 **Bekanntnis zum Verzicht auf Pestizide**
- 9 **Petition für mehr Autobahnlärmschutz in Alland, insbesondere für die Kalkbergsiedlung**
- 10 **Berichte und Allfälliges**
-
- Nicht öffentliche Sitzung
- 11 **Personalangelegenheiten**

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt die Tagesordnung einstimmig an.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Bürgermeister Köck verweist auf den an alle Gemeinderäte zeitgerecht ergangenen Protokollentwurf der Gemeinderatssitzung vom 25. April 2018. Es sind keine schriftlichen Stellungnahmen bis zum Sitzungsbeginn eingelangt.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Genehmigung des Protokolls aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Das Protokoll wird von allen namhaft gemachten Parteimitgliedern und Zeichnungsberechtigten unterfertigt.

Tagesordnungspunkt 2, Dringlichkeitsantrag „Resolution an die Niederösterreichische Landesregierung“

Bürgermeister Köck teilt mit, dass nach seinem letzten Informationsstand die Liegenschaft nach wie vor zum Verkauf stehe. Seitens des Büros des Landesrates Waldhäusl erging am 14. Juni 2018 (ohne Vorankündigung) eine schriftliche Information an die Gemeinde, dass im Selbstversorgerquartier Franz-Schulz-Heim 1, im Helenental, ab der KW 25 zusätzliche Personen (max. 40) grundversorgt werden. Dabei soll es sich hauptsächlich um Asylwerber aus St. Gabriel (Maria Enzersdorf, Bezirk Mödling) handeln. In den zuletzt geführten Gesprächen des Bürgermeisters mit dem Geschäftsführer, Hr. Christian Kogler, von SLC Europe der Eder Beteiligungsverwaltungs GmbH (derzeitige Betreiberfirma und Pächterin) soll die vertragliche Vereinbarung mit dem Kriegsopfer- und Behindertenverband für Wien, NÖ und Bgld. (Eigentümer des Heims) im August 2018 auslaufen. Ob in der Zwischenzeit eine Verlängerung des Vertrages ausgehandelt wurde, ist dem Bürgermeister nicht bekannt.

GR Mag. Klaus Sonnleiter ortet das Hauptproblem darin, dass die Betreuung im Schulzheim anders vonstattengehe als in St. Gabriel (Caritas, geschultes Personal). GR Mag. (FH) Ing. Bonfert befürchtet vor allem Schwierigkeiten bei Betreuungsbedürftigen mit besonderen Bedürfnissen. Er appelliert an die Gemeinderäte sich in diesem Zusammenhang auch gleich zu überlegen, wie man grundsätzlich als Gemeinde zum Verkauf des Franz-Schulz-Heims stehe. Bei der Widmung sei die Gemeinde dem Kriegsopferverband entgegengekommen, es müsse aber auch ein soziales Gewissen geben.

GfGR Perl äußert sich gegen Ende der Diskussion besorgt über die gängige Informationspraxis des Landes. Ein Pachtvertrag könne ohne Weiteres verlängert werden. Die Gemeinde müsse man davon nicht informieren. Für die Betreiber ist das Geschäft mit den Flüchtlingen kein schlechtes. Wichtig sei ihm, dass die Rahmenbedingungen bei der Betreuung stimmen. Er verweist daher nochmals eingehend auf die Begründung der Dringlichkeit (**sh. Anlage A**). Im Anschluss daran ersucht er den Gemeinderat den Antrag zu unterstützen.

Bürgermeister Köck lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die „Resolution an die Niederösterreichische Landesregierung“ aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

GfGR Perl ersucht den Amtsleiter die Resolution so rasch als möglich an die zuständigen Ansprechpartner im Amt der NÖ Landesregierung weiterzuleiten.

Tagesordnungspunkt 3, Bericht des Prüfungsausschusses

Bürgermeister Köck verweist auf die Tagesordnung der angekündigten Kassaprüfung vom 15. Mai 2018 und bittet Prüfungsausschuss-Obmann GR Mag. Klaus Sonnleitner um seinen Bericht. Die Feststellungen des Ausschusses sind im Protokoll (**sh. Anlage B**) nachzulesen. Der Obmann informiert, dass kleinere Mängel in der Buchhaltung sofort behoben werden

konnten. Die noch ausstehenden Belege des Kulturausschusses werden im Zuge der nächsten Sitzung geprüft. Der Abrechnungsmodus der Gemeinde mit dem Tourismusverband Alland (TVA) soll mit Jahresende auf neue Füße gestellt werden. Der Vorsitzende ersucht den Gemeinderat um seine Zustimmung.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Prüfungsausschusses einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 4, 1. Nachtragsvoranschlag 2018

Bürgermeister Köck legt den aktuellen Entwurf des 1. Nachtragsvoranschlages (NTVA) 2018 gem. § 75 NÖ Gemeindeordnung vor. Dieser ist im Vorfeld an alle Gemeinderäte zur Durchsicht ergangen und bis zum 26. Juni 2018 zur allgemeinen Einsichtnahme im Gemeindeamt aufgelegt. Es sind keine Stellungnahmen hierzu eingelangt.

Der Bürgermeister ersucht Kassenverwalter Harald Sieder den vorliegenden NTVA zu erläutern. Die Summe des OH und AOH (inkl. Abwicklung der Vorjahre) erhöht sich im ausgeteilten Entwurf wie folgt:

Ordentlicher Haushalt (OH)

(geplante laufende, wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben, inkl. Abwicklung Vorjahre):

EINNAHMEN	6.962.600,00 €
AUSGABEN	6.962.600,00 €

Außerordentlicher Haushalt (AOH)

(geplante einmalige auf das jeweilige Vorhaben bezogene Einnahmen und Ausgaben, inkl. Abwicklung Vorjahre):

EINNAHMEN	6.036.100,00 €
AUSGABEN	6.036.100,00 €

Im Vergleich zum Voranschlag 2018 wird sich demnach der ordentliche Haushalt auf 1.844.000,00 € und der außerordentliche Haushalt um 5.125.600,00 € (inkl. Abwicklung der Vorjahre) erhöhen.

Im OH gehen die geplanten Mehreinnahmen unter anderem auf Rückersätze des Finanzamts (Körperschaftssteuer) und geringfügig erhöhten Einnahmen aus dem Verkauf von Ökostrom (Photovoltaikanlagen) der Gemeinde hervor, zudem können Kostenbeiträge von Land und Bund für Wahlen berücksichtigt werden. Die Nachmittagsbetreuung in der Volksschule wird seitens des Landes großzügiger unterstützt. Bei den marktbestimmten Betrieben schlägt sich ein Plus von Wasseranschluss- und Ergänzungsabgaben (Wohnhausanlage Mayerling etc.) nieder. Ausgabenseitig fallen am Dienstleistungssektor der Wasserversorgungsanlage (WVA) Alland Mehrkosten für Anschließungs- und Sanierungsmaßnahmen an.

Die Erhöhung im AOH geht einnahmenseitig auf Darlehensaufnahmen (für die FF Alland und zur Zwischenfinanzierung) für laufende Vorhaben und Projekte, den erwarteten

Verkaufserlös/Raststätte (Verträge ASFINAG, Republik Österreich) sowie Förderungszusagen des Landes und Bundes zurück.

Ausgabenseitig schlagen sich im AOH vor allem die Errichtungskosten für das neue Altstoffsammelzentrum (ASZ), den Bauhof und das FF-Haus in der Klausenstraße nieder. Außerdem sind Sanierungen von Kanal, freiwerdenden Gemeindewohnungen, Güterwegen etc. geplant.

Der Bürgermeister stellt den Antrag, den 1. Nachtragsvoranschlag 2018 in der vorliegenden Form zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem 1. Nachtragsvoranschlag 2018 einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 5, Grundbücherliche Umsetzung/Durchführung der Zusatzvereinbarung zum Bestandvertrag zwischen der MG Alland und der BP Europe SE vom 18.09./27.09.2017

Bürgermeister Köck teilt bezugnehmend zu einem Schreiben von Rechtsanwalt Dr. Christian Falkner vom 4. Juni 2018 mit, dass der betreffende Bestandvertrag von Seiten der Marktgemeinde (MG) Alland noch grundbuchs-fähig unterfertigt werden müsse. Seinerzeit sei die Zusatzvereinbarung von den zeichnungsberechtigten Organen der MG Alland zwar unterschrieben worden, jedoch die Unterschriftsleistung der Gemeindeorgane nicht beglaubigt erfolgt. Dies soll nun nachgeholt werden und die hierfür notwendige Unterzeichnung des Annahmeprotokolls für den Notar im Gemeinderatsprotokoll vermerkt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem einstimmig zu.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Der GfGR Perl, GR Nagl, GR Kropik und Bürgermeister Köck unterfertigen die zugrundeliegende Anerkennungserklärung.

Tagesordnungspunkt 6, Vereinbarung Netz NÖ GmbH, Verkabelung Bereich Mayerling Landesstraße

Bürgermeister Köck teilt mit, dass im Zuge der Sanierung der Landesstraße und Gestaltung der Nebenanlagen sowie geplanter Kabelverlegung von A1-Telekom nun die Möglichkeit bestehe, das Nieder- und Mittelspannungs-Freileitungsverteilstromnetz vom Brückenbereich bis zum Ortsende Richtung Maria Raisenmarkt durch eine Erdkabelleitung zu ersetzen. Hierzu liegt seitens der EVN bereits ein schriftliches Angebot vor.

Der Vorsitzende verliest die wichtigsten Inhalte der oben angeführten Vereinbarung mit der Nr. 2018-0062. Die anteiligen Kosten der Gemeinde für Grab- und Wiederherstellungsarbeiten auf öffentlichem Gut belaufen sich auf € 6.900,- zuzüglich 20% MwSt. Die EVN erwartet bis Ende Juni 2018 eine Rückmeldung seitens der Gemeinde.

Der Vorsitzende stellt den Antrag die gegenständliche Vereinbarung zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für den Vertragsabschluss aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 7, Bebauungsplan MG Alland

Bürgermeister Köck informiert, dass der Entwurf des örtlichen Bebauungsplans und die dazugehörige Verordnung (gemäß § 29 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014) nach zahlreichen Sitzungen und Informationen nun in beschlussfähiger Fassung vorliegen. Sämtliche Unterlagen (erstellt vom Ingenieurbüro Hackl, 2551 Enzesfeld-Lindabrunn, mit der Planzahl PZ 7493-10/17) sind auch gemäß § 33 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 durch sechs Wochen (24. April 2018 bis 7. Juni 2018) hindurch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Eine Stellungnahme eines Bürgers aus Alland ist im Entwurf berücksichtigt worden. Bei den umliegenden Gemeinden und Interessensvertretungen sind bis zum Kundmachungsende keine Stellungnahmen eingelangt. Die Änderungen im Vergleich zur öffentlichen Auflage sind im Ergänzungsbericht zum Gemeinderatsbeschluss Juni 2018 übersichtlich dargestellt.

Bürgermeister Köck ersucht den hiermit befassten Raumplaner DI Thomas Hackl den vorliegenden Bebauungsplan sowie die zugrundeliegende Verordnung für das gesamte Gemeindegebiet von Alland im Gemeinderat zu erörtern. Als Hauptziele bei der Erstellung des Bebauungsplans nennt Hackl eingangs folgende Punkte:

- 1. Bestmögliche Erhaltung der Wohnqualität im Gemeindegebiet*
- 2. Vermeidung von Verstädterungstendenzen, welche im Widerspruch zum baulichen Charakter von Alland stehen*
- 3. Vermeidung von übermäßiger Verdichtung, vor allem in den locker bebauten Siedlungsgebieten (z.B. Einfamilienhausgebiete), zur Sicherung von Ortsbild und funktionierender Verkehrsabwicklung*
- 4. Bestmögliche Erhaltung des Ortsbildes und Förderung von ortsbildverbessernden Maßnahmen*
- 5. Vermeidung von Zersiedelung und ortsunüblicher Bebauung im Bereich des Grünlandes*
- 6. Schaffung von Möglichkeiten zur Verbesserung des Lärmschutzes entlang der Landesstraßen*
- 7. Erhöhung der Planungssicherheit für Grundeigentümer und Vereinfachung von Baubewilligungsverfahren*

Weiters geht Hackl auf den Erläuterungsbericht zum Gemeinderatsbeschluss, sowie die geänderten Plandarstellungen im Vergleich zur öffentlichen Auflage ein und beantwortet die Anfragen der Gemeinderäte.

Im Anschluss daran, fragt GfGR Perl bei Bürgermeister Köck und dem Bauausschuss-Obmann GfGR Martin Rapold nach, ob man die Stellplatzregelung, Bebauungsdichten und Gebäudehöhen im Sinne des ländlichen Ortsbildes im geplanten Verordnungstext, wie bereits mehrmals gefordert, inzwischen nochmals überdacht habe. GfGR Rapold informiert, dass alle Eingaben im Vorfeld ausführlich im Bauausschuss behandelt wurden, und man über den wohnungsbezogenen Stellplatzschlüssel noch diskutieren könne.

Betreffend Punkt (5) legt GfGR Perl daraufhin einen Vorschlag der SPÖ-UBA (**sh. Anlage C**) sowie aktuelle Stellplatzregelungen in Bebauungsplänen div. NÖ Gemeinde (**sh. Anlage D**) vor. Auch punkto Bebauungsdichten und -höhen habe seine Fraktion relevante Überlegungen angestellt.

Nach einer umfassenden Diskussion im Gemeinderat werden insgesamt 4 Anträge zum Tagesordnungspunkt (TOP) 7 zur Beschlussfassung gebracht:

- A) GfGR Perl stellt den Antrag auf 3 Grundstücken (Nr. 488/18, 488/19 und 488/20; KG Alland) in der Kalkberggasse sowie auf einem Grundstück in der Groisbacherstraße („Gipshütte“, Nr. 330, KG Alland) die Bebauungsdichte statt 40% mit max. 30% festzulegen.

Beschluss A):

Der Gemeinderat spricht sich **mehrheitlich dagegen** aus.

ÖVP	dafür	0	dagegen	9	(2 Stimmenthaltungen: GR Kropik, GR Bonfert)
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0	
ALL	dafür	0	dagegen	0	(1 Stimmenthaltung: GR Dollensky)

- B) GfGR Perl stellt einen weiteren Antrag, nämlich die Stellplatzregelung im gegenständlichen Bebauungsplan (Verordnungstext, Punkt 5.2.) wie folgt zu ändern.

Für Wohnungen bis 44,99 m ²	1,5 Stellplätze
Für Wohnungen ab 45,00 m ²	2,0 Stellplätze

Beschluss B):

Der Gemeinderat spricht sich **mehrheitlich dagegen** aus.

ÖVP	dafür	0	dagegen	10	(1 Stimmenthaltung: GR Schagl)
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0	
ALL	dafür	0	dagegen	0	(1 Stimmenthaltung: GR Dollensky)

- C) GfGR Rapold hält eine vereinfachte Stellplatzregelung nach Rücksprache im Bauausschuss und in der Fraktion ebenfalls für sinnvoll. Die Grenzen hierfür sollten daher praxistauglicher ausfallen als wie im Entwurf dargelegt. Er stellt den Antrag die betreffende Stellplatzregelung im Bebauungsplan wie folgt zu ändern:

Für Wohnungen bis 74,99 m ²	1,7 Stellplätze
Für Wohnungen ab 75,00 m ²	2,0 Stellplätze

Beschluss C):

Der Gemeinderat spricht sich **mehrheitlich dafür** aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	8
ALL	dafür	0	dagegen	0 (1 Stimmenthaltung: GR Dollensky)

D) BGM Köck bringt in der Folge darauf die Verordnung des Bebauungsplans in der aktuell geänderten Form - unter Berücksichtigung des Beschlusses **7.C** - mit den zugrundeliegenden Unterlagen zur Abstimmung.

Beschluss D):

Der Gemeinderat spricht sich **mehrheitlich dafür** aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	0	dagegen	8
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 8,
Bekanntnis zum Verzicht auf Pestizide**

Bürgermeister Köck verweist auf das Ersuchen des Umweltgemeinderates Josef Winzer, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen. Nachdem diese Thematik im Vorfeld im Zuge der Bürgermeister-Konferenz am 25. April 2018 in der Bezirksverwaltungsbehörde (BH) Baden mit den anderen Gemeinden des Bezirks ausführlich diskutiert wurde, sei er dem gerne nachgekommen. Bisher unterzeichneten 264 Gemeinden in Niederösterreich dieses Bekenntnis zum Verzicht auf Pestizide.

Im Falle eines Beschlusses erklärt sich die Gemeinde bereit, dass im gemeindeeigenen Einflussbereich keine Pestizide eingesetzt werden, die nicht der EU-Bioverordnung in letztgültiger Fassung und dem „Natur im Garten“-Gütesiegel entsprechen.

Der Bürgermeister ersucht die Mandatäre um ihre Zustimmung.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für dieses Bekenntnis (**sh. Anlage E**) aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

GR Dollensky bringt in diesem Zusammenhang die Ergebnisse, der im Auftrag des Gemeinderats getätigten Anfragen betreffend Pestizideinsatz, Insektenpopulation und Schadstoffausstoß im Gemeindegebiet von Alland zur Kenntnis. Das Amt der NÖ Landesregierung teilte ihm auf seine Anfrage am 29. Mai 2018 mit, dass betreffend Pestizideinsatz und der Entwicklung der Insektenpopulation im Gemeindegebiet keine Daten vorliegen. Aus dem NÖ Emissionskataster ließen sich Daten hinsichtlich der Gesamtemissionen (NO_x, PM10 und CO₂) auf Autobahn, Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen im Gemeindegebiet von Alland extrahieren. Detaillierte Angaben könne man

bei der Abteilung BD4 (NÖ Luftgütenetzwerk) und über die Webseite <http://www.numbis.at/> erfragen. Für den Gesamtstraßenverkehr im Gemeindegebiet von Alland werden im Emissionskataster NÖ (Nemi) Jahreswerte von 110.000 kg NO_x, 26.000 t CO₂ aus nicht erneuerbaren Energiequellen und 7.700 kg PM10 (Feinstaubpartikel < 10 Mikrometer) ausgewiesen. Im Antwortschreiben des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus habe man ebenfalls auf diese Quelle verwiesen. Die betreffenden Unterlagen werden dem Protokoll als **Anlage F** beigelegt.

Tagesordnungspunkt 9, Petition für mehr Autobahnlärmschutz in Alland, insbesondere für die Kalkbergsiedlung

Der Bürgermeister verliest die „Unterstützungserklärung (Petition) für mehr Autobahnlärmschutz in Alland, insbesondere für die Kalkbergsiedlung“, welche vor wenigen Stunden im Gemeindeamt von den Initiatoren abgegeben wurde. Im Initiativantrag vom 21.6.2018 an den Gemeinderat der Marktgemeinde Alland werden folgende Punkte gefordert:

1. *Der Gemeinderat möge veranlassen, dass die ASFINAG unverzüglich die 2017 in Alland und in der Kalkbergsiedlung erhobenen, konkreten Lärmmessdaten zur Verfügung stellt.*
2. *Der Gemeinderat möge, so rasch wie möglich, einen unabhängigen Lärmschutz-Sachverständigen (Ziviltechniker) bestellen, der an Hand konkreter Messdaten in Alland und in der Kalkberggasse, die tatsächliche Lärmbelastung für die Kalkbergsiedlung und, soweit erforderlich, für weitere Bereiche in Alland feststellt und der die verschiedenen, möglichen Lärmschutzmaßnahmen für die Kalkbergsiedlung bis zum Heiligenkreuzer Berg und, soweit erforderlich, auf für weitere betroffene Siedlungsgebiete in Alland erarbeitet und darstellt.*

Der Bürgermeister stellt den Antrag, die Punkte der Petition zu befürworten und diesbezügliche Schritte einleiten zu dürfen. GfGR Perl ersucht um eine zeitnahe Terminvereinbarung.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	8	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 10, Berichte und Allfälliges

Der Bürgermeister berichtet abschließend über das aktuelle Gemeindegeschehen und bedankt sich bei den zahlreichen Gästen und Zuhörern aus der Bevölkerung für das Kommen.

Nach einer kurzen Pause leitet der Vorsitzende zur nicht öffentlichen Sitzung über.